

Blut und Boden.

Blut und Boden! Ist es ein Schlagwort oder ein Begriff? Beides! Schlagwort, um dem ganzen deutschen Volke einzuhämmern, daß deutscher Boden blutgetränkt ist, weil er verteidigt werden mußte, blutverbunden wurde, weil Generationen im Schweiße ihres Angesichts den Boden bearbeiteten, von ihm lebten, ihren Boden zu erhalten suchten, um ihn dem eigenen Blute zu vererben. Vererbties Blut und geerbter Boden gehen durch die Jahrhunderte und verstetigen die Bindung von Blut und Boden. Blut und Boden ist ein Begriff rein deutscher Art, denn der deutsche Boden ist dem Deutschen heilig, ebenso wie dem Deutschen das ehrliche Blut heilig sein muß. Blut und Boden, das ist eine Verwachsenheit zwischen Mensch und Heimat, eine ehrliche Bindung, die aus der Zugehörigkeit des Menschen zu seinem Boden entsteht und die verpflichtet, alles um den Boden zu tun, alles für seinen Boden zu opfern. Wer selbst keinen Erde sein Eigen nannte, wird vielleicht nicht die Verbundenheit und Verbündtheit des Bauern zu seinem Boden verstehen. Aber inzwischen wird er jene schweren Kämpfe der deutschen Bauern um ihren Boden verstehen, die in der vergangenen Epoche als Bauernkrieger fristeten wurden. Schließlich, diese Widerkehr der Bauerkämpfe um ihren Boden sind eine Wiederholung der großen Bauerkämpfe, die Deutschland in den Jahrhunderten erlebte. Der Bauer geht durch die Geschichte als der diktatorische Geschäftsmann, der sich von seiner Scholle nicht trennen will, von dieser Scholle, die für viele nur handelswerte bedeutet. Man hat in den letzten Jahrzehnten die Ansicht vertreten, der Bauer habe überall eine Heimat, und wenn er seine Scholle aufgibt, werde er sich neuer anstreben und seinem Beruf nachgehen können. Der Güterhandel nahm auch einen Umsfang an, wie ihn vergangene Jahrhunderte nicht kannten. Die trockne Statistik verrät aber nicht, unter welchen ungünstigen Leidenschaften die meisten Bauern von ihrer Scholle trennen, trennen mußten. Sie nennen nur die Zahl des Güterwechsels und die Größe des in andere Hände gegangenen Landes. Sie verrät die Preise, die gezahlt wurden, nicht aber, daß diese Preise den Bauern nie entschädigten könnten. Wer kennt denn die Mentalität dieses Bauern? Wer weiß, daß sie auf ererbtem Boden trotz schwerster Arbeit glücklich sind und alle Lasten auf sich nehmen, nur um die alte Scholle zu erhalten, und daß ihnen ein Strafgericht Gottes nicht schlimmer sein kann, als der notwendige Verlust, die zwangsweise Trennung von ihrem Boden, auf dem Urgründvater lebten. Generationen arbeiteten und satt wurden, wo jeder Aukibret Erde geliebt und gebettet und geopfert ward. Nein, selbst der, der einmal mit Bauern sprach, wird in die Seele dieser Bauern keinen Einblick erhalten haben. Sie sprechen nicht viel. Sie fühlen ja mehr die Verbundenheit mit dem Erde, und sie kleben nicht nur an einer Überlieferung, sondern empfinden die Bindung ihres Blutes mit dem Boden so deutlich, daß sie sich nicht scheuen, für diesen Boden zum Verbrecher zu werden.

Erst wenn man das weiß, wird man verstehen, was die zwangsweise Trennungen ländlicher Grundstücke in der letzten Epoche für die Petrosenien bedeutete, erst dann wird man wissen, welch Unglück die unsäglichen Bauernnot dem Bauernstande brachte. Erinnern wir uns an das Bauernsterben, an die zwangsweise Trennungen, die besonders die mittleren und kleineren Bauernhöfe traten. Von Jahr zu Jahr wurden mehr und mehr Bauern zwangsweise von ihrem Boden gelöst und in die für sie elende Welt hinausgeschleift, an der sie keinen Anteil nahmen, mit der sie sich nicht befrieden konnten. Die Trennung von der Scholle war ihr Todesurteil. Es wurden versteigert;

im Jahre 1927	98,850 Hektar
im Jahre 1928	48,800 Hektar
im Jahre 1929	90,940 Hektar
im Jahre 1930	128,720 Hektar
im Jahre 1931	185,000 Hektar

In fünf Jahren hat sich also die Zahl der Versteigerungen verdoppelt, soweit es sich um den Bodenumfang handelt, verdoppelt aber, soweit es sich um die Zahl der Grundstücke dreht. Denn

im Jahre 1927 wurden	2225 Grundstücke
im Jahre 1928 wurden	2290 Grundstücke
im Jahre 1929 wurden	3170 Grundstücke
im Jahre 1930 wurden	4345 Grundstücke
im Jahre 1931 wurden	4500 Grundstücke

zwangsversteigert. Das letzte Jahr hat die Zahlen noch erhöht. Ein Bauernsterben im Großen, unendlich die Tränen, die hier geflossen sind, ungeheuer die Zahl der von der Scholle Vertriebenen.

Man kennt die Ursache des Bauernsterbens, dieser Verjagung der Bauern von der ererbten Scholle. Also war es die wichtigste Aufgabe, die Ursache der Bauernnot zu befreien. Das ist geschehen oder wird geschehen, denn die neuen Maßnahmen haben bereits den Erfolg gehabt, daß die Zahl der Versteigerungen ungeheuer nachgelassen hat und die Freude der Bauern zur Arbeit und Boden sich wiederfinden konnte. Der Bauer ist nicht mehr schutzlos. Er weiß, daß man heute keine Verbundenheit mit seinem Erde und seiner Erde kennt und daß das Schlagwort vom Blut und Boden auch den tieferen Sinn, daß ihm innenwohn, herausstellt. Er weiß, daß er nun wieder für seine Nachkommen arbeiten kann. Der Boden bleibt ihm, seinem Blute.

Den Bauern wird Recht, der Nation wird Recht, wenn vor allem die Sorge um die ererbte Scholle besteht. Das wird gelindert, seelische und reale Not, der Nation aber wird der starke mit der Scholle verwurzelte Menschenschlag erhalten, der Fundament des Staates ist. Vom Bauerntum geht Behändigkeit aus, die Liebe zur Heimat, die Kraft zur Wahrung des heiligen Gutes. Gestärkt wird die Nahrung des Volkes und die Unabhängigkeit des Staates. Aus dem Wohlergehen der Bauern kommt das Wohlergehen des gesamten Volkes.

Einmal nun hat freilich auch der Bauer den ersten Schritt auf seinem Boden getan, einmal hat er Besitz von einem Stück Land genommen. Er muß durch die Arbeit und Sorge mit diesem neuen Land zusammen und je länger die Ahnenrechte ist, die auf dem einen Boden lebte, um so leichter wurden die Bande, die dieses Stück Erde um die Menschen schlug, die ihn bearbeiteten, bewachten, verteidigten. Langsam binden sich Boden und Blut, langsam wird die Liebe des Menschen gerade an einem Stück Erde groß, und das Erleben auf diesem Boden macht ihn heilig. So ist es möglich, den Stand der Bauern zu mehren, neue Bauernhöfe zu schaffen, neue Menschen mit neuer Liebe für ihren Boden zu finden. Stark ist die Bewegung zur Schaffung von Bauernhöfen. Groß liegt schon die Zahl der neuen Höfe. Siedlung ist nicht immer gleich zu sehen der Schaffung von Bauernhöfen. Der Bauernhof muß den Mann und seine Familie ernähren, das Siedlerland braucht es nicht in allen Fällen. Der Bauernhof soll den Bauern frei machen zum freien Menschen auf seiner Scholle. Die Erhaltung und Mehrung des Bauerntums sind wichtige Aufgaben, denen jetzt unter Minister Darrs die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Der französisch-englische Protestschritt in Berlin. Deutschlands bündige Antwort

Keine Vertragsverletzungen

Der französische Botschafter hat Montagmittag im Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf den Biermächtepakt zur Sprache gebracht, daß nach Aussöhnung der französischen Regierung die deutsche Propaganda mit Bezug auf Österreich in gewissen, in der letzten Zeit vorgenommenen Fällen mit den bestehenden vertraglichen Bindungen nicht vereinbar sei.

Dem Botschafter wurde erwidert, daß der Reichsregierung eine Anwendung des Biermächtepaktes in dieser Form nicht angebracht erscheine, daß auf deutscher Seite Vertragsverletzungen fraglicher Art nicht vorlagen und daß Deutschland daher diese Einmischung in die deutsch-österreichische Auseinandersetzung nicht für zulässig halte.

Der englische Geschäftsträger, der nachmittags in der gleichen Angelegenheit vorsprach, erhielt denselben Bescheid.

Damit ist die ganze Angelegenheit, die eine Woche lang insbesondere die englische und französische Presse aufs lebhafteste beschäftigt hat, endgültig erledigt. Offenbar ist der englischen und der französischen Regierung bei diesem Schritt selbst nicht recht wohl gewesen, sie könnten aber nicht mehr zurück, nachdem sie von ihrer Presse aufs äußerste gedrängt worden waren, weil die finanziellen Interessen Frankreichs und Englands dahin gehen, daß in den gegenwärtigen Verhältnissen Österreichs keine Änderung eintrete. Der Schritt wäre wohl überhaupt nicht unternommen worden, wenn in London und Paris die zuständigen Minister in ihren Büros gewesen wären. Der ganze Prozeß ist eine Kriterienarbeit der auswärtigen Amtsräte von London und Paris. Der Grund, aus dem man diese ganze schlaggeschlagene Aktion unternommen hat, ist nicht etwa, daß die Unabhängigkeit Österreichs angefochten worden wäre, man wollte offenbar nur die gegenwärtige österreichische Regierung in den Augen der Welt und ihrer eigenen Landsleute stärken.

Berupste Explosion

Die Aktion mit der österreichischen Regierung abgeschlossen

Der französische Botschafter und der englische Geschäftsträger haben auf ihre Intervention bei der Reichsregierung zugunsten Österreichs einen ablehnenden Bescheid erhalten. Damit dürfte nunmehr diese Aktion zum Abschluß gebracht sein. Die ganze Aktion ist eigentlich nur in Gang

Die englische Beurteilung der deutschen Antwort auf den französisch- englischen Schritt in Berlin.

London. Neben die Antwort der deutschen Regierung auf den Schritt der diplomatischen Vertreter Frankreichs und Großbritanniens gehen die Ansichten über die Haltung der Reichsregierung auseinander. Einige Blätter glauben von einer "Herausforderung" sprechen zu sollen, die im Gegensatz zu den vor drei Monaten gehaltenen Reden des Reichskanzlers steht. Andere sind der Meinung, daß der Ton der deutschen Antwort nicht tragisch genommen zu werden braucht und glauben, daß die deutsche Regierung bereit sei, den Propagandastügen Einhalt zu tun und auch zu verlassen, daß künftige Neuheiten in den Rundfunkreden nicht weiter gebraucht werden.

Der Berliner Vertreter des Times schreibt: Der Ton der gestern abend ausgesetzten Mitteilung sei deutlich, daß die deutsche Regierung nicht bereit ist, irgend etwas zur Erleichterung der Lage zu tun. Der Wunsch nach einem freundlich gekennzeichneten Großbritannien wird schwerlich zu einer ernstlichen Aenderung der Politik gegenüber Österreich führen.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph ist der Meinung, daß die veranstalteten Propagandamaßnahmen aufgehören werden und drückt die Ansicht aus, daß mit einer baldigen Bekämpfung der österreichisch-deutschen Beziehungen zu rechnen sei.

Der diplomatische Korrespondent der Morningpost sagt die amtliche Antwort kein Entgegenkommen. Aber es heißt, daß Berlin bereits angedeutet habe, es werde in Zukunft sein Bestes tun, um solche Zwischenfälle zu vermeiden. Amstelkreis in London der Ansicht, daß der Reichskanzler beachtigte, sein Versprechen vom Mai zu erfüllen, wonach Deutschland nach wie vor innerhalb des Rahmens der bestehenden Verträge handeln werde.

Die „Adolf-Hitler-Spende“ der deutschen Wirtschaft.

* Berlin. PPD veröffentlicht folgende Bekanntgabe: "Die Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" beruht auf einer Vereinbarung zwischen der Reichsleitung der NSDAP und Beauftragten der deutschen Wirtschaft.

Zweck der Spende ist:

einerseits der Reichsleitung die Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur zentralen Durchführung von den Aufgaben, die SA, SS, St. HJ, der politischen Organisation usw. zugute kommen, benötigt werden,

andererseits den an der Spende sich beteiligenden Unternehmen die Sicherheit zu geben, daß ihre Arbeit für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht durch wilde und im voraus nicht zu übersehende Sammlungen gestört wird.

Ich verbiete allen Angehörigen, Dienststellen und Einrichtungen der Partei das Sammeln von Geldbeträgen bei allen Unternehmen und Verbänden der Wirtschaft, die sich an der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft beteiligen. Die Spender legitimieren sich durch einen mit meiner Unterschrift und dem Parteiemblem versehenen Ausweis. Der Ausweis enthält den von dem Spender für die Zeit vom 1. Juni 1933 bis 31. Mai 1934 gezeichneten Betrag. Der Ausweis ist nur gültig in Verbindung mit den Entnahmescheinen über die tatsächlich geleisteten Zahlungen, die in vierteljährlichen Raten und zwar am 30. Juni, 30. September, 30. Dezember 1933 und 30. März 1934 fällig sind.

Alle örtlichen oder bezirklichen Einzelabmachungen der Dienststellen und Einrichtungen der Partei mit den für eine

gebracht worden durch Stimmen der ausländischen Presse, die — im diplomatischen Gebrauch völlig ungewöhnlich — die formelle Protestaktion vorher groß ankündigte.

Der angekündigte Schritt wurde jedoch immer weiter hinausgeschoben, weil die Mächte unter sich nicht einig waren. Bezeichnend ist der Umstand, daß der italienische Botschafter im Auswärtigen Amt nicht erschien ist.

Man wird sich fragen, wozu die ganze Aktion überhaupt noch dienen sollte. Der wahre Grund dürfte nicht der sein, daß die Unabhängigkeit eines dritten Staates bedroht oder angefasst sei, sondern er ist wohl darin zu suchen, daß mit diesem Schritt die österreichische Regierung in den Augen der Außenwelt, besonders aber der österreichischen Bevölkerung, verstärkt werden soll. Ob dieser Zweck mit dem Schritt tatsächlich erreicht ist, kann mit Recht stark bezweifelt werden. Die ausländische Presse, die mit aller Macht noch nachträglich zu diesem Schritt tritt, hätte sich von vornherein sagen müssen, daß mit diesem Schritt nichts zu erreichen ist. Die französische und englische Presse müßte sich gegen die eigene Regierung stark machen, da der französische und englische Finanzwelt aus finanziellen Gründen eine Aenderung der Regierungsverhältnisse in Österreich nicht erwünscht ist.

Man darf sich ferner fragen, ob der Schritt überhaupt zustandegekommen wäre, wenn die zuständigen Minister in Paris und London anwesend gewesen wären. So hat jedenfalls die ganze Angelegenheit sich nur zwischen den Staatssekretären der drei Länder abgespielt. Angeregt worden sein dürfte der Schritt von Paris aus.

Bei dieser Gelegenheit wäre noch einmal zu betonen, daß der Biermächtepakt keine geeignete Plattform für den Schritt bildet. Er soll nicht dazu dienen, die Angelegenheiten eines Partners mit einer fünften Macht in Ordnung zu bringen, sondern für die Befriedung der Welt dienen, und zwar in freundschaftlichster Form. Zu Anklagen jedenfalls eines der vier Partner gibt der Biermächtepakt keine Handhabe.

Was ist denn eigentlich geschehen? Flugzeuge nicht erkennbarer Herkunft haben Flugblätter über deutsch-österreichischen Orten abgeworfen, die sich gegen die jetzige österreichische Regierung wandten. Ferner sind Rundfunkvorträge an das österreichische Volk gehalten worden. Wer seit Wochen den Straßburger Sender verfolgt und feststellt, was er in diesen letzten Monaten alles gegen Deutschland gegeben hat, für den ist es wohl klar, wo in dieser Hinsicht mehr geschehen ist. Eine derartige Einstellung, wie sie sich seit langem der Straßburger Sender in innerdeutschen Verhältnissen leistet, ist jedesfalls durch deutsche Sender noch niemals in das deutsche Österreich hinein begangen worden.

Beteiligung an der Spende in Frage kommenden Unternehmen und Verbänden der Wirtschaft verlieren ihre Gültigkeit. Neue Abmachungen, die die Firmen oder Verbände der Wirtschaft von einer Beteiligung an der Spende abhalten könnten, sind verboten. Ebenso sind Eingriffe oder Maßnahmen hinsichtlich der Durchführung der Spende untersagt.

Alle Untergliederungen, die im Befolg meiner Anordnung vom 2. Juni 1933 sich als Bezieher einer laufenden Spende aus der deutschen Wirtschaft anmeldet haben, erhalten diese aus der "Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" in voller Höhe zurückvergütet. Eine Berücksichtigung von nachträglichen Meldungen im Sinne der Anordnung vom 2. Juni 1933 kommt keinesfalls in Frage, da dieselbe bei Errechnung der Höhe der Adolf-Hitler-Spende nicht eingeschlossen werden konnte.

ges. Rudolf Hes.

Gegen unbefugte Eingriffe in die Wirtschaft.

* Berlin. Der PPD veröffentlicht eine Verfügung des stellvertretenden Führers der NSDAP, die folgendermaßen lautet:

Gemäß den Anweisungen des Führers hat Pg. Reichsminister Dr. Hes in seinem bekannten Rundschreiben an die Reichsstatthalter ausgesetzt:

1. daß unbefugte Eingriffe in die Wirtschaft zu untersetzen sind, und daß desgleichen jedes unbefugte und unbestreitbare Vorgehen gegen einzelne Personen zu untersetzen ist;

2. daß keinesfalls Institutionen der Partei bzw. ihre Unterorganisationen sich Regierungsbefugnisse annehmen dürfen.

Ergänzend weise ich darauf hin, daß auch die Parteileitung in Zukunft schärfstens gegen Zu widerhandlungen vorgehen wird. Jede Dienststelle hat sich unbedingt auf die vom Führer angewiesenen ordnungsmäßigen Aufgaben zu beschränken.

Ich habe Anweisung gegeben, in Zukunft genau zu prüfen, ob eingehende Beschwerden begründet sind; wenn nötig werde ich sofort Beauftragte an Ort und Stelle entsenden.

Bildung der Rassenärztlichen Vereinigung Deutschlands.

* Berlin. Der Reichsarbeitsminister hat durch Verordnung vom 2. August die Rassenärztliche Vereinigung Deutschlands errichtet. Die Vereinigung ist rechtsträchtig und untersteht der Aufsicht des Reichsarbeitsministers. Sie umfaßt die im Reichsregister eingetragenen sowie die zur Behandlung von Verfolgungsdelikten zugelassenen Berufe. Die Vereinigung ist Träger der Beziehungen der Rasseforschung zu den reichsgerichtlichen Krantentafeln; durch die Tafeln kann auch die Übernahme weiterer Aufgaben auf die Vereinigung zugelassen werden. Der Reichsführer der Vereinigung ist der Vorsitzende des Verbandes der Berufe Deutschlands.

Die evangelische Reichsfrauenhilfe an Landesbischof Müller.

* Berlin. Namens des Reichsverbandes der Evangelischen Frauenhilfe mit 28 Landesverbänden und einer Million Mitglieder richtete der Reichsgeschäftsleiter an den neu gewählten Landesbischof der evangelischen Kirche der altpreußischen Union Müller folgendes Verhängungstelegramm: "Mit herzlichen Segenswünschen grüßt den ersten preußischen Landesbischof die Evangelische Reichsfrauenhilfe".

zu Hermann.